

Verwaltungs- und Wirtschafts-Akademie

Übungen in der
Volkswirtschaftslehre

Prof. Dr. Willeke

Gliederung

- 1. Was ist Konjunktur ?**
- 2. Konjunkturindikatoren als Messinstrument der Wirtschaftslage**
- 3. Ein Konjunkturzyklus-Modell**
- 4. Wirtschaftswachstum**
- 5. Wirtschaftspolitik**
- 6. Stabilitätspolitik**
- 7. Träger der Wirtschaftspolitik**
- 8. Geld und Geldpolitik**
- 9. Inflation**
- 10. Markt, Marktformen, Wettbewerb**
- 11. Ordnungspolitik**

1. Was ist Konjunktur ?

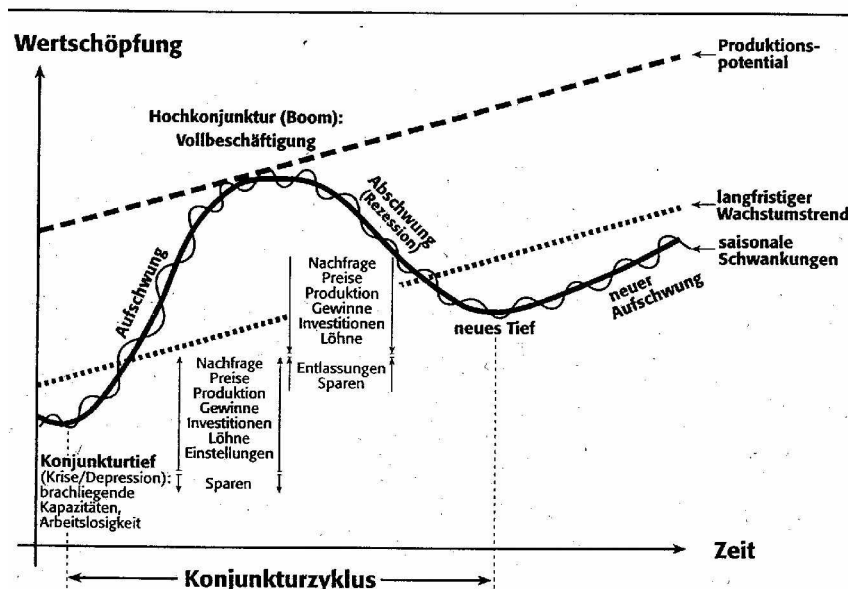
Konjunktur beschreibt die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, d.h. das „Auf und Ab“ der Volkswirtschaft im Laufe der Zeit.

Das wirtschaftliche Wachstum verläuft unstetig. d.h. Phasen wirtschaftlichen Auf- und Abschwungs wechseln sich mehr oder weniger regelmäßig ab. Die einzelnen, sich wellenförmig wiederholenden Schwankungen, die um den Trend verlaufen, gliedern sich in

- Aufschwung / Expansion
 - Hochkonjunktur / Boom
 - Abschwung / Rezession
 - Tiefstand / Depression
- } Expansionsprozess
- } Kontraktionsprozess

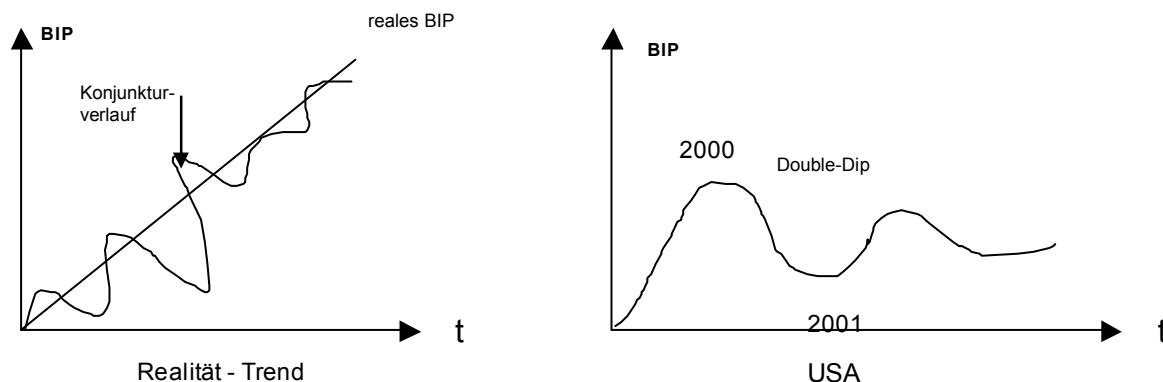
und werden zu einem Konjunkturzyklus zusammengefasst.

Konjunkturverlauf (kurze Wellen)



Merkmale im Konjunkturzyklus

	Aufschwung	Hochkonjunktur	Abschwung	Tiefstand
Erwartungen	optimistisch	überschwänglich bis skeptisch	pessimistisch	niedergedrückt
Investitionsgüter-nachfrage	stark zunehmend, Erweiterung	nachlassend, zunehmende Rationalisierungen	stark sinkend, höchstens Ersatz, Rationalisierung	kaum vorhanden, höchstens Ersatz
Konsumgüter-nachfrage	langsam steigend	höchste Konsumwilligkeit	sinkend, zunehmende Sparneigung (Angst)	gering
Auftragsbestand	steigend	ständig steigend	schnell fallend	gering
Produktionstätigkeit	zunehmende Kapazitätsauslastung	Kapazitätsüberlastung	freiwerdende Kapazitäten	geringe Kapazitätsauslastung
Beschäftigungssituation	abnehmende Arbeitslosigkeit, viele offene Stellen	Voll- / Überbeschäftigung, mehr Stellen als Suchende	zunehmende Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, wenig offene Stellen	hohe Arbeitslosigkeit, wenig offene Stellen
Löhne, Preise, Zinsen	allmählich steigend	stark ansteigend, auf Höchststand	auf hohem Niveau, tendenziell sinkend	relativ niedrig
Unternehmensgewinne	zunehmend	langsam sinkend	stärker sinkend	niedrigem Niveau stagnierend



einige Definitionen:

Double-Dip	kurzfristige Zwischen-Erholung innerhalb einer Periode
Rezession	reale <i>Wachstumsrate</i> des BIP ist mindestens 2-3 Quartale rückläufig
Talsole	Wachstumsraten sind länger als 2-3 Quartale rückläufig
Trend	keine vorgegebene Größe; Grundlage bildet der Durchschnittswert aller historischen Konjunkturwerte.

2. Konjunkturindikatoren als Messinstrument der Wirtschaftslage

Zur Beurteilung der konjunkturellen Situation dienen sogenannte Konjunkturindikatoren. Hierbei handelt es sich um Zahlen, Meinungen, die in Statistiken aggregiert werden.

Sie lassen sich in folgende drei Hauptgruppen unterteilen:

2.1. Frühindikatoren (vorlaufende)

Frühindikatoren ermöglichen eine Prognose über die weitere kurzfristige Entwicklung (1-2 Jahre) der Wirtschaft. Sie spielen für den *Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen* die wichtigste Rolle; v.a. die Auftragseingänge der verarbeitenden Industrie, die Baugenehmigungen im Hochbau und die Wirtschaftserwartungen der Unternehmen und Haushalte

- statistische Einzelgrößen:
 - Entwicklung der Auftragseingänge
 - Entwicklung der Auftragsbestände (kommt jedoch auf das Produkt an)
 - Entwicklung der Baugenehmigungsanträge
- demoskopisch gewonnene Frühindikatoren:
 - IFO-Geschäftsklimaindex (Vergleich der Ergebnisse von regelmäßigen Befragungen kompetenter Personenkreise = „Panel“)
 - Stellenanzeigen / Stellengesuche (Mitindikator)
- Indikatorenbündel (Zusammenstellung verschiedener Indikatoren)

2.2. Präsenzindikatoren (mitlaufende)

zeigen die aktuelle wirtschaftliche Situation

- BIP (Volkseinkommen)
- Kapazitätsauslastung (i.d.R. ca. 80 %)

2.3. Spätindikatoren (nachlaufende)

Spätindikatoren geben Auskunft über den zurückliegenden Verlauf der Wirtschaft. V.a. Arbeitslosenquote und Preisindizes werden zur *Beurteilung der Wirkungen* von konjunkturpolitischen Maßnahmen herangezogen.

- Börse (eigentlich Frühindikator, aber die Erwartungen sind so volatil / unvorhersehbar, dass es somit eher ein Spätindikator ist)
- Arbeitsmarkt
- Lohnentwicklung
- Preisentwicklung (v.a. Fertig- und Markenprodukte „hinken“ hinterher)
- Zinsentwicklung

Konjunkturindikatoren entwickeln sich jedoch häufig gegenläufig. Insgesamt ist die Treffsicherheit der Prognosen anhand der Indikatoren wohl nicht sehr hoch. Die Individualität der Konjunkturzyklen durch

- das schwer einzuschätzende Verhalten der Investoren und Konsumenten;
- strukturelle Veränderungen;
- Weltmarktpreise;
- Innovationen

erschwert die Treffsicherheit. Auch auf Erfahrungswerte aus vergangenen Zyklen kann man sich wegen der stetigen Veränderungen nur wenig stützen. Zudem kommt es bei den konjunkturpolitischen Maßnahmen oftmals zu zeitlichen Verzögerungen (time lag). Der Zeitpunkt, die Dauer und die Dosierung des Mitteleinsatzes ist schwer zu bestimmen, so dass die Maßnahmen oftmals prozyklisch statt antizyklisch wirken.

3. Ein Konjunkturzyklus-Modell

3.1. Ausgangslage: Rezession

Situationsbeschreibung:

- ungenutzte Kapazitäten
- freie Arbeitskräfte
- Lagerbestände vorhanden
- hohe Sparquote = niedrige Investitionsquote = hohe Liquidität
- niedriges Geldumlaufvolumen

Anstoß:

- staatliche Mehrausgaben und Investitionen (Risiko der Zahlungsunfähigkeit eines Staates besteht faktisch nicht)
- günstige Finanzierungsbedingungen durch Senkung der Leitzinsen
- Steuersenkungen
- technischer Fortschritt
- Förderung des Exportes
- Verbesserung des Kostenmanagements

Aufgrund der Vorgaben des Maastricht-Vertrages bestehen für den Staat als Nachfrager enge Grenzen (z.B. Neuverschuldung < 3%), so dass er in einer Rezession den Anstoß zum Aufschwung nicht (mehr) problemlos herbeiführen kann. Um die eigene Wettbewerbsfähigkeit aufrecht zu erhalten, kann der Staat mit den Exportüberschüssen den binnenwirtschaftlichen Aufschwung anregen. Das Kostenmanagement muss so geführt werden, dass aufgrund der Kosten (= Preise) Wettbewerbsvorsprünge entstehen.

3.2. Ausgangslage: Aufschwung

Situationsbeschreibung:

- bereits steigende Investitions- und Konsumgüternachfrage
- zunehmende Kapazitätsauslastung
- Löhne, Preise und Zinsen steigen bereits allmählich

Anstoß:

- Nutzung bis dato freier Kapazitäten
- ‚Induzierung‘ von Neuinvestitionen aus dem Aufschwung selbst (voll ausgelastete Kapazitäten werden durch diese Investitionen noch erweitert)

Beispiel (Investitionsmultiplikator):

Staat vergibt Bauauftrag → (An)Zahlungen an Unternehmen → Unternehmen vergeben an Subunternehmen weiter → diese wiederum investieren in Material, Arbeitskräfte, etc. → Erhöhung des Volkseinkommens → privater Konsum / Investitionsnachfrage wird angeregt → Ankurbelung der Gesamtwirtschaft durch Primär-Anstoß des Staates

Laut Keynes wirkt ein zusätzlicher Nachfrageanstoß (staatlich / privat oder aus Verkäufen ins Ausland: = ‚Exportmultiplikator‘) bei einem bereits „anspringenden“ Konjunkturaufschwung (aber noch fehlender Nachfrage) als **Multiplikator**, d.h. die Primärwirkung wird weitergegeben und vervielfacht die eigene Wirkung (Multiplikator-Theorem). Zu der zusätzlichen Investitionsnachfrage kommt weitere Konsumgüternachfrage hinzu. Der Multiplikator entfaltet also eine stärkere Wirkung mit steigendem Konsum; bzw. eine geringere Wirkung bei steigender Sparrate.

wenn Sparrate → ∞ folgt: Multiplikatorwirkung → 0
wenn Sparrate → 0 folgt: Multiplikatorwirkung → ∞

Die zusätzliche Nachfrage wirkt hier nicht inflationär, da sie nur langsam steigt. Sie beansprucht bisher brachliegende Produktionskapazitäten (Multiplikator) bzw. schafft neue Kapazitäten. Solche Investitionen entstehen daher aus Knappheit (Mengenkonjunktur).

Auf den Multiplikator folgt das **Akzeleratorprinzip**, wenn die Konjunktur bereits gut läuft / gelaufen ist. Es beruht auf der Ausweitung des Konsums (expansive Wirkung) des Multiplikatoreffektes („autonome“ Investitionen) und führt ‚aus dem Prozess heraus‘ zu ‚induzierten‘ Investitionen, um die Produktionskapazität der gestiegenen Nachfrage anzupassen (Akzeleration).

Der Akzelerator kommt erst mit gewisser Verzögerung in Gang, da zunächst Produktionsüberhänge (z.B. Lager) abgebaut und die vorhandenen (jedoch nicht genutzten) Kapazitätsreserven ausgenutzt werden müssen, bevor Erweiterungsinvestitionen getätigt werden. Zusätzlich stellt auch die allgemeine Unsicherheit bzgl. der zukünftigen Entwicklung einen wesentlichen Grund für das verzögerte Einsetzen des Akzeleratoreffektes dar.

Anstoß ⇒ Multiplikatorprinzip ⇒ Akzeleratorprinzip ⇒ kumulativer Aufschwung

3.3. Ausgangslage: Hochkonjunktur

Situationsbeschreibung:

- Preiserhöhungen
- ⇒ Lohnerhöhungen (über das Wachstum der Arbeitsproduktivität hinaus)
- ⇒ Inflation (durch steigende Kosten begünstigt)

Zu optimistische Markteinschätzungen und unrentable (Erweiterungs-)Investitionsvorhaben (mit ursprünglichen Zinsvorgaben kalkuliert) führen zu Fehlinvestitionen, Pleiten, Entlassungen, Kaufzurückhaltung.

Anstoß:

- (spätestens jetzt) müssen die Zinsen (angemessen) gesenkt werden, nachdem der Markt sich selbst bereinigt hat

4. Wirtschaftswachstum

4.1 Der Wachstumsbegriff

4.1.1. Konventioneller Wachstumsbegriff

- nominelles BIP: Mengen des Betrachtungszeitraums werden mit aktuellen Preisen des gleichen Jahres multipliziert.
- reales BIP: Mengen des Betrachtungszeitraums werden mit Preisen des Basisjahres multipliziert (nominelles BIP wird um Wirkung der Lohn- / Preissteigerungen (=Inflation) bereinigt); es würde eine Verzerrung eintreten, wenn die Produktionsmengen eines Jahres mit den Preisen des gleichen Jahres bewertet würden, da sich die Preise verändert haben.
- Die Produktionsmengen werden zum Preisstand des zeitlich zurückliegenden Basisjahres bewertet. Daher wird alle 7-9 Jahre ein sog. Basisjahr (z.Zt. 1995) festgelegt, das für die Vergleiche herangezogen wird. Die Änderung des Basisjahres verursacht erheblich administrative Kosten.
- Die Wahl des Basisjahres erfolgt unter Berücksichtigung eines Warenkorb, welcher sich u.a. aufgrund der Präferenzen/Produktstruktur und des technischen Fortschritts regelmäßig ändert (Qualitätskomponente).
- Die Leistungen des staatlichen Sektors werden nicht mit einbezogen.

4.1.2. Entwicklung des durchschnittlichen Wohlstandes

Für die Messung des Wohlstands ist das reale BIP nicht geeignet, da dieses mit den AfA auch den Gegenwert der notwendigen Ersatzinvestitionen (die in den Produktionskosten der Unternehmen eingerechnet sind), welche nicht zu Einkommen führen, umfasst. Daher erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Volkseinkommens:

$$\bar{\text{pro-Kopf-Einkommen}} = \frac{\text{reales Volkseinkommen}}{\text{Gesamtbevölkerung}}$$

BSP zu Marktpreisen
/. AfA

= NSP zu Marktpreisen
- Zölle / indirekte Steuern
+ Subventionen

= NSP zu Faktorkosten = Volkseinkommen

Die Entwicklung der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft zwischen verschiedenen Zeitpunkten / Regionen lässt sich außerdem mit folgenden Formeln messen:

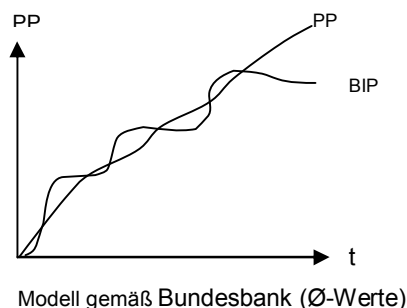
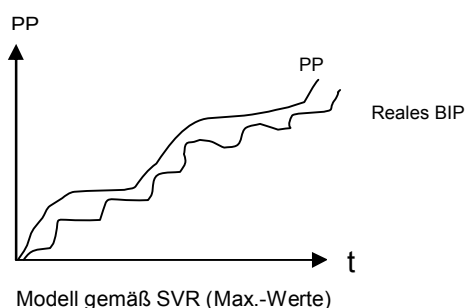
$$\bar{\text{Arbeitsproduktivität}} = \frac{\text{reales BIP}}{\text{Zahl der geleisteten Arbeitsstunden}}$$

$$\bar{\text{Kapitalproduktivität}} = \frac{\text{reales BIP}}{\text{investiertes Kapital (Kapitalstock)}}$$

4.1.3. Produktionspotential / Potentialwachstum

- errechnete Wertgröße (und nicht statistisch ermittelt wie BIP !) die angibt, was durch Einsatz aller vorhandenen Produktionsfaktoren zum jeweils besten Stand der Technik maximal produziert werden könnte
- Entwicklung des Produktionspotentials zeigt längerfristige Entwicklung des realen BIP voraus
- dieses rein theoretische (jedoch nicht wahrscheinliche) BIP ist von der Ausstattung der Volkswirtschaft mit Produktionsfaktoren, dem Stand des technischen Wissens und vom Beschäftigungsgrad abhängig
- wird wegen Konjunkturschwankungen, Strukturwandel (Produkt-/ Prozessinnovationen), technischem Fortschritt (Umschichtung im Einsatz der PF) und Änderungen der Produktstruktur niemals bzw. nur in extremen Hochkonjunkturen erreicht
- wird vom Sachverständigenrat (Maximalwerte) und auch von der Bundesbank (Ø-Werte) berechnet

$$PP = f(A, B, K - T)$$



Entwicklung des BIP liegt über dem PP, wenn durchschnittliche Beschäftigung höher als die zunächst zugrunde gelegte Durchschnittsgröße

4.2 Vorteile des Wirtschaftswachstums („Wachstum ist etwas gutes per se“)

- durchschnittliche Wohlstandsmehrung, Anhebung des Lebensstandards
- höhere Auslastung des PF Arbeit / Lösung des Beschäftigungsproblems
- anstehende Strukturwandlungen können konfliktfreier / reibungsloser durchgeführt werden als bei geringen Wachstumsraten (Sozial- und Interessenkonflikte, politische Maßnahmen)

4.3 Wachstumsmerkmale

- höhere Arbeitsproduktivität (durch technischen Fortschritt = Innovationen)
- steigende Investitionen (durch Innovationen)
- wachsende Bevölkerung (höhere Verfügbarkeit des Faktors Arbeit)

Innovationen und Investitionen bedingen sich gegenseitig, d.h. ...

... um Innovationen zu erreichen, muss zuerst (in Sach-/Humankapital) investiert werden

... Investitionen werden durch ständigen technischen Fortschritt / Innovationen und dem Konkurrenzdruck unumgänglich

Die Initialzündung kann zunächst nur über die Wirtschaftssubjekte erfolgen, wobei der Staat an letzter Stelle stehen sollte. Er muss jedoch die Rahmenbedingungen für ein leistungsfähiges Marktsystem schaffen:

- günstiges Unternehmensumfeld
- Spielraum für private Investitionen
- Senkung der Steuerlast
- hoher (Aus)Bildungsstandard
- geringe Staatsquote
- minimale Regulierungen

4.4 Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit besteht, wenn ...

... Arbeitsfähige und Arbeitswillige zu den geltenden Arbeitsbedingungen (v.a. Löhne) keine Arbeit finden

... Angebotsüberhang an Arbeitskräften vorliegt

Beschäftigungsschwelle: Wachstumsintensität, die spürbar zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führt (für 09/2004: min. 3% Wirtschaftswachstum)

4.5 Typen der Arbeitslosigkeit

1. Bodensatzarbeitslosigkeit (1,0-1,5%)
 - Arbeitsfähige, die von sich behaupten, arbeitswillig zu sein; es im Grunde jedoch nicht sind, da sie Alternativen (z.B. Schwarzarbeit) haben
2. saisonale Arbeitslosigkeit (1,5-2,0%)
 - aufgrund jahreszeitlicher Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität, z.B. Tourismus, Landwirtschaft
 - Schwankungen der Wirtschaft/Konjunktur im Jahresverlauf selber: Belegung im Frühjahr, Sommerloch (z.B. Ferien), Herbstspitze (z.B. Ernte, Weihnachtsgeschäft), Verlangsamung im Winter
3. Fluktuationsarbeitslosigkeit (ca. 2,0%)
 - entsteht durch Dynamik/Wandlungsprozess der Wirtschaft
 - unschädlich bzw. bis zu gewissem Grad positiv (Entwicklung!); nicht vermeidbar
 - auch vom Arbeitnehmer ausgehend: Jobwechsel
4. Friktionsarbeitslosigkeit (
 - Wiederbeschäftigung wird durch auftretende/bestehende Hindernisse gehemmt
 - verfügbare Arbeitskräfte besitzen nicht die erforderliche Qualifikation, um die Anforderungen zu befriedigen/auszufüllen
 - auch: Sucharbeitslosigkeit
5. strukturelle Arbeitslosigkeit
 - strukturelle Veränderungen machen Umschichtungen des Faktors Arbeit erforderlich
 - wichtigste und am schwierigsten zu bekämpfende Art, das sie ihre Ursache in der Struktur der Wirtschaft hat
 - a) technologische A.: entsteht durch Substitution von menschlicher Arbeitskraft durch Kapital bei gleichzeitig veränderter Technologie

⇒ Entwicklung von 2 Theorien:

1. Freisetzungstheorie:

- pessimistische, jedoch kurzfristig richtige Sichtweise:
- die bis dato vom Mensch verrichtete Tätigkeit wird durch Maschine übernommen
- Marx: „Die Maschine wirft den Arbeiter auf's Pflaster!“

2. Kompensationstheorie:

- optimistischere Deutung:
- technischer Fortschritt führt zu Anstieg der Arbeitsproduktivität
- nach Anpassungszeit wird aus dem Potentialwachstum auch Wachstum der realen Produktion entstehen und der Beschäftigung erreicht

Ansätze:

- i. Verfahrensinnovation → Kostensenkung durch Übergang zur Massenproduktion → sinkende Preise (sofern Wettbewerbssituation) → steigende Nachfrage (sofern Preiselastizität besteht)
- ii. zunehmende Zahl der Beschäftigten im Bereich F&E als Voraussetzung für Innovationen
- iii. steigende Arbeitsproduktivität → steigende Vergütung → steigende Einkommen → steigende Nachfrage (auch auf zusätzliche, neu erschlossene Bedarfsfelder → zusätzliche Jobs)

- b) demographische A.: Bevölkerung wächst stark und Ausbildungs- und Beschäftigungssystem ist nicht adäquat ausgebaut
- c) exogene A.: politische Faktoren, (Bürger-)Kriege, Kriegs-/Völkervertreibungen

6. konjunkturelle Arbeitslosigkeit

- als Resultat der konjunkturellen Schwankungen
- läuft parallel zu Schwankungen des BIP (→ Spätindikator)

7. Sockelarbeitslosigkeit

- kein konkreter Typ von Arbeitslosigkeit, sondern statistische Sammelgröße
- bleibt auch in Konjunkturaufschwung in (zu) großem Umfang bestehen und wird sogar in Hochkonjunktur nicht absorbiert → Vollbeschäftigung ist nicht/nie möglich
- durch mangelnde Flexibilität

8. klassische vs. keynesianische Arbeitslosigkeit

- a) klassische A.: - zu hohe Löhne (inkl. Nebenbelastungen) entsprechen nicht den Marktverhältnissen (Stichwort: Gleichgewichtslohn) und hindern die Arbeitgeber daran, mehr Arbeitsplätze zu schaffen
- Löhne auch verantwortlich für Fortbestand an Sockelarbeitslosigkeit bzw. für die Entwicklung, dass dieser Sockel auch in der Hochkonjunktur bestehen bleibt und von Zyklus zu Zyklus ansteigende Tendenz hat
- b) keynesianische A.: -Unterbeschäftigung aufgrund mangelnder Gesamtnachfrage
- Staat könne Nachfrage schaffen und Nachfragerücken schließen: Zinsen senken, Staatsausgaben steigern
- ⇒ zusätzliche Arbeit
- aber: steigende Nachfrage führt, wenn mit der steigenden Nachfrage auch die Preise und Löhne ansteigen, nicht zu mehr Beschäftigung, sondern verpufft in steigenden Preisen !
- ⇒ Philips-Kurve

5. Wirtschaftspolitik

Einflussnahme der Träger der Wirtschaftspolitik (z.B.: Regierung, Parlament, zentrale Notenbank, EU-Kommission, Tarifparteien) auf das Wirtschaftsgeschehen entsprechend bestimmter Ziele.

Dreiteilung der Wirtschaftspolitik:

- Ordnungspolitik: - Grundsatzentscheidung für eine gewisse Wirtschaftsordnung
- bei Entscheidung für Marktwirtschaft muss durch kontinuierlichen, intensiven Wettbewerb die Funktionsfähigkeit gewährleistet werden (→ Wettbewerbspolitik)
- Stabilitätspolitik: - Stabilität des volkswirtschaftlichen Ganzen
- Fragen der Konjunktur, Wachstum, Beschäftigung
- Strukturpolitik: - heterogen zusammengesetzt
- Staat setzt bestimmte Akzente durch Förderung / Bremsen bestimmter Branchen (z.B. Zukunftstechnologie, Bergbau)
- Industrie- vs. Wettbewerbspolitik

6. Stabilitätspolitik

6.1. Zielkatalog makroökonomischer Ziele gemäß „§1 Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums (1967)“

1. Geldwertstabilität (Inflationsrate $\leq 2\%$)
2. hoher Beschäftigungsstand (Arbeitslosenquote $\leq 4\%$)
3. außenwirtschaftliches Gleichgewicht (ausgeglichene Zahlungsbilanz)
4. stetiges und angemessenes Wachstum

Ziele sind im StabG nicht abschließend aufgezählt; z.B. im Maastrichtvertrag wurden ebenfalls stabilitätspolitische Ziele vereinbart
--

Operationalität: Stabilitätsziele sind lediglich richtungsorientierte Vorgaben, die nicht zahlenmäßig, d.h. nicht nachprüfbar definiert sind, so dass die aktuelle politische / wirtschaftliche Situation bestimmt, welches Ziel Priorität besitzt. Alle Ziele sollen im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig realisiert werden.

Gesetzgeber hat keine Rangordnung vorgegeben → es ergeben sich Zielkonflikte EZB: Geldwertstabilität ist vorrangig !

zu 1. Geldwertstabilität

Als Inflation bezeichnet man eine dauerhafte und durchgängige Erhöhung des Preisniveaus. Sie wird an der durchschnittlichen Preisänderung der im Durchschnitt verbrauchten Güter gemessen. Zu diesem Zweck wurde für das Eurogebiet (unter Berücksichtigung der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten) der „Harmonisierte Verbraucherpreis-Index“ (HVPI) definiert. Eine Inflationsrate von max. 2% wird (vom EZB-Rat) aufgrund von Messungenauigkeiten und der Zugrundelegung der nur kleinen Auswahl (ca. 750 Waren) der im HVPI enthaltenen Gütern gebilligt.

zu 2. Hoher Beschäftigungsstand

Der Beschäftigungsstand wird über die Arbeitslosenquote gemessen:

$$\text{Arbeitslosenquote} = \frac{\text{Arbeitslose}}{\text{Erwerbstätige}}$$

Aufgrund einer nicht zu verhindernden Sockelarbeitslosigkeit (natürliche Arbeitslosenquote) sind max. 4% vertretbar. Bei weniger als 4% besteht der Verdacht auf Arbeitskräftemangel, sowie auf Marktmacht von Unternehmen. Bei 4% stehen sich die Kräfte dieses dynamischen Systems unterschiedlicher Arbeitsmärkte gleichgewichtig gegenüber.

denn: Mangel an Arbeitskräften würde zu Lohnerhöhungen führen
Inflationserwartungen würden begünstigt
inflationäre Erscheinungen wären die Folge
⇒ gewisse Arbeitslosigkeit harmoniert mit inflationsfreiem Wachstum

zu 3. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

(1)	Handelsbilanz	Import / Export von Waren
(2)	+ Dienstleistungsbilanz	Import / Export von Dienstleistungen
(3)	+ Bilanz der einseitigen Übertragungen	Beiträge zu int. Organisationen, Einkommen, Vermögen
(4)	= Leistungsbilanz	Außenbeitrag/Wirtschaftskraft einer Volkswirtschaft
(5)	+ Kapitalverkehrsbilanz	langfristig (Direktinvestitionen, Aktien), kurzfristig (Kredite)
(6)	+ Devisenbilanz	zum Ausgleich eines evtl. Saldos aus (4)+(5)
(7)	= Zahlungsbilanz	

- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht lässt sich nicht mit der simplen Gegenüberstellung von Import und Export darstellen. Außenwirtschaftliches Gleichgewicht besteht erst, wenn die Zahlungsbilanz ausgeglichen ist, d.h. wenn keine nennenswerten Zu-/Abflüsse aus der Devisenbilanz notwendig sind, um den Ausgleich herbeizuführen.
- Die Handelsbilanz ist die einzige Teilbilanz der deutschen Volkswirtschaft mit Überschuss (starker Export). Daher darf (!) für Deutschland nicht ausgeglichen sein. Denn der Saldo muss verwendet werden, um die strukturellen Defizite in der Dienstleistungsbilanz und der Bilanz der einseitigen Übertragungen auszugleichen.
- Die Zahlungsbilanz zeigt die Verflechtungen einer Volkswirtschaft auf und dient als wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit einer Wirtschaft auch als Steuergröße der Wirtschaftspolitik.
- Sind die Währungsreserven eines Staates aufgebraucht, so kann der Ausgleich der Zahlungsbilanz durch Kreditaufnahme vom IWF vorgenommen werden („Ziehungsrechte beim IWF“).
- Permanente Überschüsse der Handelsbilanz sind wenig sinnvoll, da der reale Verkauf in Form von unverzinslichen Währungsreserven bei der ZB liegen und aus politischen Gründen nicht jederzeit in Güterimporte überführt werden können („Verschenken der Güter“).
- Ziel des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist *nicht die Maximierung* der Leistungsbilanz, *sondern der Ausgleich*.

EU-Eigeneinnahmen ergeben sich z.B. durch den Preisunterschied zwischen den Agrarpreisen zu Weltmarkttarifen und EU-Tarifen. Sie reichen jedoch nicht aus, um Struktur-/Entwicklungshilfe zu leisten. Einige Länder bekommen von den sogenannten Kohäsionsfonds der EU mehr ausgezahlt, als sie eingezahlt haben und erhalten so eine Förderung der Infrastruktur (z.B. die Kanarischen Inseln).

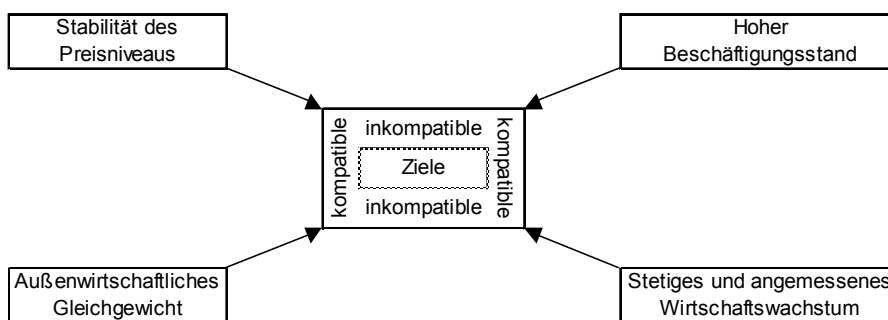
zu 4. Wachstum

- Stetig bedeutet nicht nur ständiges Wachstum (setzt es jedoch voraus !) sondern auch, dass ein gleichmäßiges, weniger schwankendes Wachstum besteht, möglichst ohne starke, funktionslose Ausschläge des Konjunkturverlaufes nach oben oder unten. Eine totale Stetigkeit kann es (technischer Fortschritt kann nicht gleichmäßig auf Zeitachse verteilt werden) nicht geben, d.h. ein gewisser Zyklus ist nicht zu vermeiden, die Wellen lassen sich jedoch mittels Konjunkturpolitik glätten.
- Angemessen bedeutet das maximale Wachstum, das mit dem Ziel Geldwertstabilität vereinbar ist und auch die Erreichung der anderen Ziele (z.B. Beschäftigungsziel, Umweltschutz, sozialer Ausgleich) fördert.

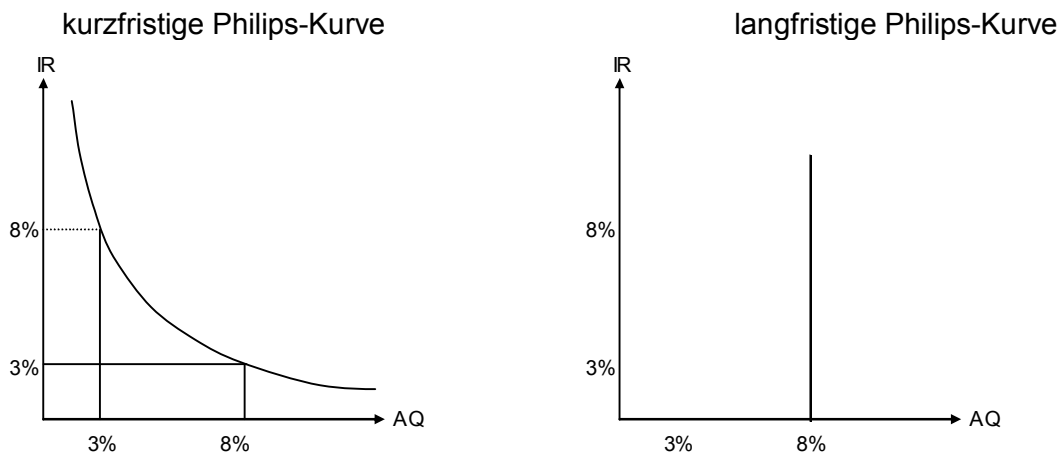
6.2. Magisches Viereck

Volkswirtschaftlicher Ausdruck für den Versuch, alle o.g. Zielsetzungen (Zielbündel) im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung mit marktkonformen Instrumenten gleichzeitig zu erfüllen. Denn gemäß StabG besteht grundsätzlich keine Zielhierarchie (die EZB interpretiert die Geldwertstabilität gemäß dem Maastrichtvertrag jedoch als vorrangig, sofern die anderen Ziele nicht verletzt werden). Die Praxis zeigt jedoch, dass eine gleichzeitige Zielerreichung sehr schwer / unmöglich ist, weil sich die Ziele z.T. gegenseitig ausschließen; die jeweilige politische / wirtschaftliche Situation bestimmt also, welches Ziel augenblicklich das wichtigste (→ das von der Zielgröße am weitesten entfernte) ist. In wechselseitiger Harmonie (komplementäres Verhältnis) stehen beispielsweise die Ziele höherer Beschäftigungsstand und Wachstum, wohingegen die Ziele hoher Beschäftigungsstand und Geldwertstabilität in einem Zielkonflikte zueinander stehen.

Aufgrund dieser Beziehungen der Ziele wird diese Kombination auch magisches Viereck bezeichnet.



Höherer Beschäftigungsstand ist meist mit Preissteigerungen verbunden. Verdeutlicht wird dieser Zielkonflikt durch die modifizierte Phillips-Kurve, die versucht den Zusammenhang zwischen Arbeitslosenquote und Inflationsrate graphisch darzustellen.



Der britische Ökonom A. W. Philips hatte während der 1950er Jahre herausgefunden, dass in Großbritannien zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit ein umgekehrter Zusammenhang bestand: Je weniger Arbeitslose es gab, desto stärker stiegen die Preise. Die Phillips-Kurve beschreibt also die negative Korrelation zwischen der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote. Danach würden hohe Inflationsraten mit relativ niedrigen Arbeitslosenquoten (bzw. umgekehrt) einhergehen, so dass es konjunkturpolitisch eine „Speisekarte“ möglicher Realisierungsgrade von Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung gäbe. Demnach könnte aus der Phillips-Kurve abgelesen werden, wie viel mehr an Inflation hingenommen werden muss, wenn die Arbeitslosenquote um einen bestimmten Wert gesenkt werden soll. Die Grundaussage besteht also darin, dass z.B. eine restriktive Geldpolitik zwar zu einer sinkenden Inflationsrate führt, aber gleichzeitig (durch die höheren Zinsen) die Arbeitslosenquote erhöht.

Zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit kann der Staat jedoch allenfalls kurzfristig wählen. Denn steigert der Staat die Nachfrage bzw. erhöht die Notenbank die Geldmenge, dann gelingt es ihm wohl anfangs, die Unternehmer zu überraschen und sie zu mehr Investitionen zu veranlassen. Insbesondere die Gewerkschaften versuchten mit ihrer Lohnpolitik die Inflationserwartungen vorwegzunehmen, indem sie einen Inflationsausgleich in die Lohnforderungen einbauten. Die Unternehmen akzeptierten diese Forderungen in der Erwartung, dass die zentrale Notenbank eine Geldpolitik betreiben würde, die eine Überwälzung der erhöhten Lohnkosten auf die Preise ermöglicht (durch entsprechende Ausweitung der Geldmenge). Wenn jedoch alle davon ausgehen, dass die erwartete Inflation bereits in alle Preise eingerechnet wurde, dann kann eine Ausweitung der Nachfrage keinen realwirtschaftlichen Effekt mehr haben. Denn dann führt die ausgeweitete Nachfrage nur noch dazu, dass die Inflationserwartung erfüllt wird und die Inflation tatsächlich eintritt. Dem können Notenbank und Regierung nur mit einer weiteren Ausweitung der Geld- und Einkommensmenge begegnen, um ein unverändertes BIP zu einem höheren Preisniveau kaufen zu können. Wenn sich die rational abgestützten Inflationserwartungen realisieren, wirkt eine Ausweitung der Geldmenge also nur inflationär und nicht produktions- und beschäftigungsfördernd. Denn es gibt eine "natürliche Arbeitslosigkeit", die auf Dauer nicht unterschritten werden kann. Im Endeffekt (langfristig) ist die Philips-Kurve ein senkrechter Strich; d.h. Nachfragesteuerung führt zu nichts, allenfalls zu Inflation.

- Unter bestimmten Bedingungen besteht Zielkonflikt nicht, denn dann hätte EZB nicht den Auftrag für Geldwertstabilität zu sorgen. Denn mit Erreichung einer niedrigen Inflation (durch Geldpolitik der EZB) würde permanente Arbeitslosigkeit bestehen.
 - dazu müssen alle Träger der Stabilitätspolitik ihren Beitrag leisten:
 - ZNB muss Geldpolitik betreiben, die sich an der erwarteten realen Wachstumsrate orientiert (nicht mehr Geld in Kreislauf geben, als für erwünschte Beschäftigung, natürliche Arbeitslosenquote, ausgeglichene Konjunkturlage erforderlich ist und nicht inflationär wirkt)
 - Tarifparteien müssen sich bei ihrer Lohnpolitik an der Entwicklung der Arbeitsproduktivität orientieren (bei hohen Arbeitsproduktivitätszuwächsen sollte nicht der gesamte Zuwachs in Lohnsteigerungen weitergegeben werden, sondern es sollten Anreize für Investitionen geschaffen werden, um hohe Sockelarbeitslosigkeit zu senken)
 - Staat muss im Rahmen seiner Haushalts-/Fiskalpolitik mindestens verhindern, dass die Entwicklung der Staatsausgaben das nominelle Wachstum des BIP überschreitet; wünschenswert wäre es, wenn die staatlichen Ausgaben nur im Umfang des realen Wachstums des BIP steigen würden
 - zusätzlich bedarf es einer Absicherung (z.B. durch flexible Wechselkurse, strategische Rohstoffreserven) gegen außenwirtschaftliche Störungen

weitere mögliche Ziele (z.B. §2 im Maastrichtvertrag):

- Umweltschutz
- sozialer Ausgleich (um Einflussnahme des Staates zu vermeiden, wurde dieses Ziel nicht im StabG verankert; die Einkommenspolitik wurde als Aufgabe der Tarifparteien im Grundgesetz (Tarifautonomie) geregelt)

Ausgeglichener Staatshaushalt

Ein Staatshaushalt gilt als ausgeglichen, wenn die Ausgaben ohne weitere Neuverschuldung getätigt werden können, d.h. wenn die Ausgaben aus den Einnahmen finanziert werden. Dadurch kann der bereits bestehende Schuldenberg zwar nicht verringert, aber zumindest auch nicht vergrößert werden. In „guten“ Jahren kann dies allerdings möglich sein.

7. Träger der Wirtschaftspolitik

7.1. Staat

Der Staat tritt hier ursprünglich nicht als Nachfrager auf, sondern als Fiskus.

Funktionsbereiche des Staates

- Deckung des Kollektivbedarfes der staatlich organisierten Gesellschaft
 - innere und äußere Sicherheit
 - Infrastruktur
 - Bildung
 - Gesundheit
- sozialpolitischer Zweck (Redistributionsfunktion)
 - soziale EK-Umverteilung
 - Alimentierung der Sozialversicherungsträger
 - Steuersystem
 - öffentliche Transferzahlungen

und seit Keynes:

- Schließen einer Nachfragerlücke
 - antizyklische Fiskalpolitik
 - Neuverschuldung

(In Rezessionen sollen, u.U. auch durch Neuverschuldungen, Investitionen antizyklisch getätigt werden, um die Nachfrage anzukurbeln und die Nachfragerlücke zu schließen.)

Eine Nachfragerlücke ($S > I$) hat auch einen vorteilhaften Aspekt, da das gesparte Geld für zukünftige Investitionen zur Verfügung steht.

Einnahmequellen des Staates

- Zwangsabgaben
 - Steuern (ohne Gegenleistung)
 - Gebühren (mit Gegenleistung)
- Erwerbseinkünfte
- Kredite
 - langfristig - Kapitalmarkt
 - kurzfristig - Geldmarkt

7.2. EZB

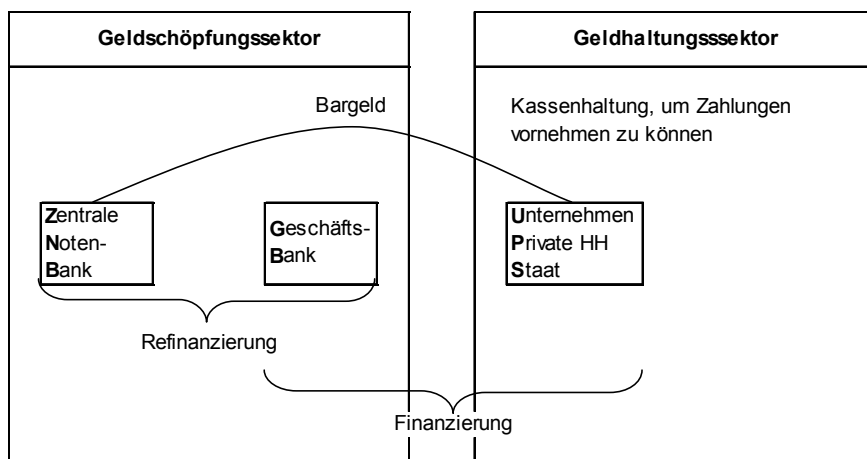
Soweit es ohne Beeinträchtigung des vorrangigen Zieles der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das Europäische System der Zentralbanken (ESZB = EZB + nationale Zentralbanken) die allgemeine Wirtschaftspolitik der angeschlossenen Volkswirtschaften, wobei sie ihre politische, finanzielle, funktionelle, organisatorische und personelle Autonomie gegenüber den EU-Institutionen und den Regierungen der Mitgliedsländer bewahren muss.

vorrangige Aufgabe:

- Gewährung von Preisstabilität
 - nach innen: Erhaltung der Preisniveaustabilität / Vermeidung von Inflation
 - nach außen: Sicherung des Außenwertes

nachrangige Aufgaben:

- Geld- und Kreditversorgung der (Geschäftsbanken und damit der) Wirtschaft
- reibungsloses Funktionieren der Zahlungssysteme fördern
- Devisengeschäfte durchführen
- Aufsicht über die Kreditinstitute und die Stabilität des Finanzsystems
- offizielle Währungsreserven der teilnehmenden Mitgliedsstaaten halten und verwalten
- Außenvertretung



7.3. Mitträger

Die Tarifparteien üben mit ihrer Gestaltung der Löhne / Lohnkosten Einfluss auf die Wirtschaftspolitik aus.

8. Geld und Geldpolitik

Geld ist ein Medium, das drei Funktionen erfüllt:

- staatlich anerkanntes Zahlungsmittel (Tauschmittel gegen Güter und Währungen)
- allgemeine Recheneinheit
- Wertspeicher

Vorteil: höchste Form der Liquidität

Nachteil: entgangener Gewinn (Entwertung)

⇒ Gründe für Kassenhaltung: Transaktionsmotiv (Geld für Kauf und Verkauf)
Vorsichtsmotiv (Geld für unbestimmte Ereignisse)
Spekulationsmotiv (z.B.: erwartete Zinssteigerungen)

8.1. Monetäre Geldformen

Ausgehend von v.g. Definition haben die jeweiligen Zentralbanken festgelegt, was zur Geldmenge gehört. Für den Euro gilt das Geldmengenaggregat M3.

	M1	M2	M3
Bargeldumlauf	x	x	x
täglich fällige Einlagen	x	x	x
Termineinlagen (Laufzeit max. 2 Jahre)		x	x
Spareinlagen mit 3monatiger Kündigung		x	x
Repogeschäfte			x
Geldmarktfonds			x
Bankschuldverschreibungen (max. 2 Jahre)			x

Die Geldmenge M3 wird durch das reale Wachstum, die Umlaufgeschwindigkeit und die tolerierte Inflationsrate bestimmt.

8.2. Geldpolitische Strategie der EZB

Das oberste Ziel der Geldpolitik ist es Preisstabilität zu gewährleisten. Verständlicherweise kann die Zentralbank die Preise auf den Märkten nicht festlegen, ebenso wenig wie die multiple Geldschöpfung (Banken legen ihrerseits geliehenes Geld erneut an, das somit wieder zur Kreditvergabe herangezogen werden kann) gänzlich unterbunden werden soll. Die Sicherung der Geldwertstabilität muss daher indirekt, bzw. doppelt indirekt erfolgen. Auf die Preisentwicklung soll mit einer Einwirkung auf die Entwicklung der Geldmenge reagiert werden und dies wiederum vermittelt durch die Beeinflussung des Zinsniveaus. Die EZB orientiert sich an einem dauerhaften Geldmengenreferenzwert, der sich wiederum am Trendwachstum des BIP orientiert. Hinzu kommt ein Inflationsziel von maximal 2%. Beide Ziele zusammen bilden die 2-Säulen-Strategie:

1. Festlegung des Geldmengenziels
2. Festlegung der maximalen Inflationsrate

zu 1. Die erste dieser Säulen ist die Geldmengensteuerung über die Festlegung eines quantitativen Referenzwertes für das Wachstum der Geldmenge M_3 , die mit folgender Quantitätsgleichung berechnet wird:

$$M \times v = P \times Y$$

(nominelle Geldmenge mal Umlaufgeschwindigkeit gleich Preisniveau mal reales Volkseinkommen)

Wenn das Wachstum des BIP mit der Entwicklung der umlaufenden Geldmenge nicht Schritt halten kann, erhöht sich die Gefahr einer steigenden Inflationsrate. Die EZB versucht deshalb auch, die Geldmenge in einem von ihr vorgegebenen Rahmen zu halten. Dieser leitet sich einerseits aus dem Geldmengenwachstum und andererseits der Entwicklung der Preise, des realen BIP und der Einkommensumlaufgeschwindigkeit her. Das Verhältnis zwischen tatsächlichem monetären Wachstum und dem vorab bekannt gegebenen Referenzwert (4,5%) unterliegt einer regelmäßigen und sorgfältigen Analyse durch den EZB-Rat. Sofern es sich nicht um durch Schocks ausgelöste Verzerrungen des Geldmengenwachstums handelt, werden die Zielverfehlungen durch Anpassung des Referenzwertes korrigiert. Ansonsten gilt die Erfahrung, dass kurzfristige Schwankungen der umlaufenden Geldmenge über den Referenzwert hinaus keine Auswirkung auf die mittelfristige Inflationsentwicklung haben.

zu 2. Die zweite Säule der geldpolitischen Strategie ist die Beurteilung der Aussichten für Preisstabilität (Inflationsprognose) und erfolgt auf breiter Basis wirtschaftlicher und finanzieller Größen, die somit als Indikatoren der künftigen Preisentwicklungen dienen. Die EZB verkündet vorab Inflationsziele, um deren Einhaltung sie sich mit Hilfe ihrer Instrumente bemüht.

Bei der Festlegung der Ziele ergibt sich das Problem, dass einerseits die Wirkungen der ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen zeitlich verzögert auftreten und andererseits die Informationen über den Zusammenhang zwischen Maßnahmen und Endziel unvollständig sind. Daher ist die Einrichtung direkt ansteuerbarer Zwischenziele als Orientierungs- und Signalgrößen, die einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem angestrebten Endziel erkennen lassen, sinnvoll. Das Ziel „Preisstabilität“ wird also nicht direkt, sondern über das Zwischenziel „Geldmenge“, angesteuert. Dabei dürfen andere gesamtwirtschaftliche Ziele jedoch nicht völlig vernachlässigt werden. Gesucht ist vielmehr die Geldmenge, die die Investitionsnachfrage deckt und Wachstum ermöglicht, Inflation aber gleichzeitig einschränkt.

8.3. Zentralbankgeld

- Zentralbankgeld ist die Liquiditätsbasis für die Geschäftsbanken um ihrerseits Kredite einräumen zu können
- zum Zentralbankgeld gehört: - Bargeldumlauf
- Kontenbestände der Geschäftsbanken im ESZB
- Geschäftsbanken benötigen Zentralbankgeld für ihren Geschäftsbetrieb
 - um liquide zu sein und Ansprüche der Kunden nach Bargeld befriedigen zu können
 - um ihr Kreditvolumen auszureizen
 - um auftretende Zahlungssalden (aus Ein- und Ausbuchungen der Konten ihrer Kunden) zwischen den Banken mit ihren Kontenbeständen ausgleichen zu können (diese Salden werden mit Abbuchungen bei ihrem Konto bei der nationalen Zentralbank ausgeglichen)
 - um die Auflagen bzgl. der Mindestreserven (~ 2 % ihrer Verbindlichkeiten) zu erfüllen

8.4. Geldpolitische Instrumente der EZB

Sie dienen einerseits der Limitierung von Unsicherheitsfaktoren und kommen andererseits dem Wunsch der Finanzmärkte nach Kontinuität nach.

Der Handlungsrahmen des ESZB besteht aus den folgenden Instrumenten:

8.4.1. Offenmarktgeschäfte

Aufgabe der Offenmarktpolitik ist es, mit der Gestaltung der Bedingungen, z.B. durch einen entsprechenden Zinssatz, die umlaufende Geldmenge zu steuern und Liquidität abzuschöpfen oder zuzuführen und letztlich auf diese Weise Signale bezüglich des wirtschaftspolitischen Kurses zu geben. Die Initiative geht bei allen Offenmarktgeschäften von der EZB aus. Sie legt die einzusetzenden Instrumente und vor allem die Konditionen fest.

Offenmarktpolitik lässt sich im Hinblick auf Zielsetzung, Rhythmus und Verfahren in vier Kategorien unterteilen:

- Hauptrefinanzierungsgeschäfte („Standardtender“: Abwicklung innerhalb 24 Stunden)
- längerfristige Refinanzierungsgeschäfte
- Feinsteuerungsoperationen („Schnelltender“: Abwicklung innerhalb 1 Stunde)
- strukturelle Operationen

zu Hauptrefinanzierungsgeschäften / längerfristigen Refinanzierungsgeschäften

Die wichtigsten Offenmarktgeschäfte sind die einwöchigen Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (dreimonatige Laufzeit). Sie betreffen (den An-/Verkauf bzw.) die Beleihung/Verpfändung refinanzierungsfähiger Sicherheiten zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken. Dabei (kaufen) pfänden die nationalen Notenbanken im Auftrag der EZB Offenmarktpapiere gegen Rückgabevereinbarungen von den Geschäftsbanken an und führen ihnen so, gegen Zahlung des vereinbarten Zinssatzes, Liquidität zu. Diese Geschäfte werden wöchentlich über ein Bietungsverfahren mit entweder festem (Mengentender) oder variablem (Zinstender) Zinssatz durchgeführt. So wird eine Kontinuität der Versorgung mit Zentralbankgeld gewährleistet. Die in den Tenderverfahren erhobenen Zinsen gelten als die eigentlichen Leitzinsen für das Kreditgeschäft der Banken untereinander und damit auch für das Nichtbankengeschäft. Der Zinssatz, den die Banken mindestens bieten müssen, wird von der EZB festgelegt und heißt Mindestbietungssatz; der niedrigste akzeptierte Zinssatz im Zinstenderverfahren, der etwas über dem Mindestbietungssatz liegt, heißt marginaler Zuteilungssatz. Da sich das Hauptrefinanzierungsgeschäft als Feininstrument zur Beeinflussung der Bankenliquidität als marktgerechtes und effektives Instrument durchgesetzt hat, wird der Mindestbietungssatz (Reposatz) als der wichtigste Leitzins bezeichnet.

Beim *Mengentender* (holländisches Verfahren) nennen die Kreditinstitute nur die gewünschte Geldmenge und müssen einen einheitlichen Zinssatz (niedrigster Bietungszinssatz, der gerade dazu führt, das angebotene Volumen an die Geschäftsbanken abzusetzen) akzeptieren; also auch diejenigen, die bereit gewesen wären einen höheren Zinssatz zu zahlen, brauchen nur diesen Zuteilungssatz zahlen. Sollte das nachgefragte Geldvolumen größer als die Vorstellungen der EZB sein, so werden alle Gebote anteilig im Verhältnis des vorgesehenen Zuteilungsbetrags zum Gesamtbietungsaufkommen zu diesem genannten Zinssatz zugeteilt. Beim gebräuchlicheren *Zinstender* (amerikanisches Verfahren) geben die Banken zusätzlich auch den Zinssatz an, den sie zu zahlen bereit sind. Hierbei erfolgt die Zuteilung nach den tatsächlichen Gebotssätzen, wobei die höchsten Zinsgebote voll befriedigt und die niedrigsten Zinsgebote nur teilweise bzw. nicht berücksichtigt werden.

[Tagesgeld: Der Tagesgeldzinssatz liegt sehr nahe am Mindestbietungssatz. Daher ist der freie Geldmarkt ein Indikator für die relative Knappheit des Zentralbankgelds. Die Geschäftsbanken können, wenn sie bemerken, dass sie zusätzliches Geld für ihre Geschäfte benötigen bzw. Liquiditätsüberschüsse haben, auch untereinander Zentralbankgeld (ver)kaufen.]

zu Feinsteuerungsoperationen

Um die Auswirkungen unerwarteter marktmäßiger Liquiditätsschwankungen zeitnah zu begrenzen, können zur Steuerung der Marktliquidität und der Zinssätze Feinsteuerungsoperationen durchgeführt werden. Dies geschieht vorrangig über befristete Transaktionen, kann aber auch mittels endgültigen Käufen/Verkäufen, Devisenswapgeschäften oder durch Hereinnahme von Termineinlagen erfolgen. Die Instrumente werden den jeweils verfolgten Zielen angepasst. Hier überspringt die EZB die nationalen Zentralbanken ausnahmsweise und führt die Geschäfte mit den Geschäftsbanken direkt durch.

zu strukturellen Operationen

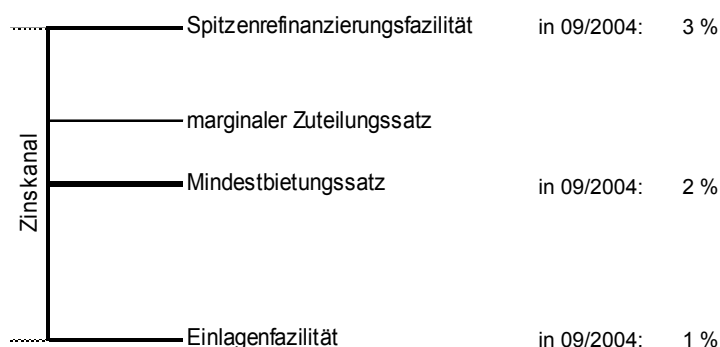
Wenn die EZB die strukturelle Liquiditätsposition des ESZB gegenüber dem Finanzsektors anpassen will, kann sie „strukturelle Operationen“ in Form von Schuldverschreibungsemissionen, befristeten Transaktionen und endgültigen/definitiven Käufen bzw. Verkäufen durchführen.

8.4.2. Ständige Fazilitäten

Die sogenannten „ständigen Fazilitäten“ dienen dazu, den Kreditinstituten zum Beispiel bei kurzfristigen Kapitalengpässen auszuweichen ("Übernachtliquidität") bzw. überschüssige Gelder kurzfristig bei der Zentralbank parken. Indem die Zentralbank durch Anheben oder Senken der "Fazilitäten", die Höhe von Tagesgeldzinsen beeinflusst, kann sie Zeichen bzgl. der Geldpolitik setzen. Auch für diesen Kredit müssen die Geschäftsbanken refinanzierungsfähige Sicherheiten hinterlegen. Die Initiative geht hier (im Gegensatz zu den Offenmarktgeschäften) von den Banken aus.

Der Zinskanal wird durch folgende Zinssätze begrenzt:

- Spitzenrefinanzierungsfazilität
- Einlagenfazilität



zu Spitzenrefinanzierungsfazilität

Die Geschäftsbanken erhalten jeweils mit Laufzeit von einem Geschäftstag (→ Übernachtsliquidität) zu einem vorgegebenen Zinssatz, der in der Regel deutlich höher als der entsprechende Marktzinssatz liegt, Liquidität in gewünschter Höhe, indem eine am Ende des Geschäftstages bestehende Kontoüberziehung automatisch als Antrag auf Inanspruchnahme eines Übernachtskredits in Höhe der Überziehung gewertet wird. Da der Liquiditätsbedarf jedoch erst zu Geschäftsschluss bekannt wird, verfügt das Liquidität benötigende Kreditinstitut praktisch (!) nicht über die (theoretisch jedoch bestehende) Möglichkeit sich am Markt Liquidität zu beschaffen. Für das ESZB ist dieses Instrument ein wichtiges Mittel, die Ausschläge der Geldmarktsätze nach oben zu begrenzen, weil die Zentralbank-Alternative eine „natürliche“ obere Grenze des Tagesgeldzinssatzes am Geldmarkt bildet: Denn würde der Zins am Markt über dem Satz der Spitzenrefinanzierungsfazilität liegen, würde jede Bank bei der Zentralbank billigeres Geld erhalten als am Markt.

zu Einlagenfazilität

Sie ist das Gegenstück zur Spitzenrefinanzierungsfazilität. Die Geschäftsbanken können kurzfristige Liquiditätsüberschüsse zu einem vorgegebenen Zinssatz bei der nationalen Zentralbank bis zum nächsten Geschäftstag anlegen. Dieser Zinssatz ist im Allgemeinen deutlich niedriger als der entsprechende Marktzinssatz. Daher legen die Liquidität abgebenden Kreditinstitute ihr Geld nur dann bei der Zentralbank an, wenn sie diese Gelder nicht anderweitig nutzen können. Für das ESZB ist dieses Instrument ein wichtiges Mittel, die Ausschläge der Geldmarktsätze nach unten zu begrenzen, weil die Zentralbank-Alternative eine untere Grenze des Tagesgeldzinssatzes am Geldmarkt bildet.

8.4.3. Mindestreserve

Als letztes Mittel stehen die Mindestreserven zur Verfügung. Hierbei handelt es sich um einen Prozentsatz der kurz- und mittelfristigen Verbindlichkeiten, die im Monatsdurchschnitt stillgelegt werden müssen. Diese Beträge stehen den Banken somit nicht zur Kreditvergabe zur Verfügung. Um mögliche Wettbewerbsnachteile gegenüber Banken außerhalb des Euro-Raums zu mildern und um das Instrument möglichst kostenneutral halten, wird die Einlage verzinst. Die Verzinsung orientiert sich am Zins für das Hauptfinanzierungsinstrument.

Die EZB nennt drei Vorteile, die ein Mindestreservesystem bietet. Sie dient in erster Linie dazu die Geldmarktzinsen zu stabilisieren (Verstetigungsfunktion) und eine strukturelle Liquiditätsknappheit herbeizuführen bzw. zu vergrößern, indem sie die multiple Wertschöpfung begrenzt. Die Banken werden somit gezwungen, für die weitere Kreditvergabe Zentralbank-Geld nachzufragen, sich also bei der EZB zu refinanzieren (Anbindungsfunktion). Das ESZB kann so effizienter als Liquiditätsbereitsteller agieren und auf neue Zahlungsverfahren (wie elektronisches Geld) reagieren. Drittens können Angebotsüberhänge am Geldmarkt durch die Erhöhung der Zinselastizität schnell und effizient korrigiert werden. Der EZB-Rat argumentiert weiter, dass ein Fehlen des Mindestreservesystems einen häufigen Einsatz von Offenmarkt-Feinststeuerungsoperationen erfordern würde, weil die Geldmarktsätze einer relativ hohen Volatilität ausgesetzt wären. Dies wäre unvorteilhaft und würde die Effizienz der Geldpolitik beeinträchtigen. Auch die Deutung der von der EZB gesetzten Signale würde erschwert, weil geldpolitische Signale und technische Anpassungen nur schwer zu unterscheiden wären.

9. Inflation

9.1. Der Inflationsbegriff

- Prozess
- Preisniveau
- automatische Beschleunigung

- Inflation ist ein Prozess, in dem das Ansteigen des allgemeinen Preisniveaus den Geldwert fallen lässt und Kaufkraftverlust zur Folge hat
- Geldwert und Preisniveau bilden einen reziproken Wert (steigt das Preisniveau um x %, so fällt der Wert des Geldes um x %)
- Wichtigste Zusammenhänge werden in der Verkehrsgleichung zusammengefasst:

$$P \times T = \underbrace{G \times U}_{\substack{\text{wirksame} \\ \text{Geldmenge}}} \Rightarrow P = \frac{G \times U}{T}$$

Preisniveau
Geldmenge
Transaktionsvolumen
Umlaufgeschwindigkeit

- Annahmen:
- Umlaufgeschwindigkeit ist ein institutionelles Datum, das sich aus den Zahlungsgewohnheiten ergibt und bleibt unverändert
 - Transaktionsvolumen ist eine Funktion des BIP und wächst in etwa mit der Wachstumsrate des BIP
 - \Rightarrow Geldmenge ist die einzige Steuerungsgröße !

(Geldmenge muss im Gleichschritt mit Transaktionsvolumen wachsen, wenn inflationsfreies Wachstum (gleich bleibendes P) erreicht werden soll;
Wenn Geldmenge stärker wächst als reales Wachstum: \rightarrow Inflation !,
d.h. es ist zu viel Geld in Umlauf gebracht worden)

Nachteile der Inflation:

- Allokative Nachteile:
 - Allokation hat mit dem Einsatz der Produktionsfaktoren und damit mit der Produktivität und der Wachstumsintensität zu tun
 - Inflation verhindert optimale Verteilung der Produktionsfaktoren auf die Zeit
 - es kommt zu Verzerrungen zwischen den Preisen in Perioden
 - Inflation macht sich negativ bemerkbar auf längerfristige Investitions- und Infrastrukturplanung und (ver)führt zu kurzfristiger Planung aufgrund inflationärer Unsicherheit
- Distributive Nachteile:
 - Verlierer der Inflation: Gläubiger
 - Gewinner der Inflation: Schuldner
 - insbes. wenn Einkommen weniger stark steigen bzw. nicht so schnell angepasst werden können (z.B. Renten, Soziallöhne)

9.2. Ursachen der Inflation

- überhöhte Nachfrage (Private Haushalte, Staat, Ausland)
- übermäßige Geldschöpfung durch die EZB
- überhöhte Kreditgewährung der Banken an Privatwirtschaft
- allgemeine Kostensteigerung
- überzogene Lohnpolitik
- überzogene Preisforderungen der Unternehmen
- anhaltend hohe Zahlungsbilanzüberschüsse (d.h. die durch den Export erwirtschafteten Devisen werden im Inland umgetauscht und erhöhen die inländische Geldmenge)

9.3. Folgen der Inflation

- Preissteigerungen, d.h. Geldentwertung / Kaufkraftschwund (Lohnempfänger müssen Kaufkraftverlust hinnehmen, wenn Inflationsrate > Lohnsteigerung)
- erhöhte Produktion wegen hoher Scheingewinne und starker Nachfrage
- steigende Umlaufgeschwindigkeit
- Vertrauensverlust in Geld (\Rightarrow Flucht in Sachwerte)
- Sparguthaben werden aufgelöst (= "Entsparen")
- Nachteile für Gläubiger / Vorteil für Schuldner (weil nur der Nominalbetrag zurückgezahlt wird und dessen Realwert jetzt niedriger ist)

9.4. Arten der Inflation

Inflation kann nach zwei Hauptarten unterschieden werden:

1. nachfrageinduzierte Inflation

- Konsuminflation (regelmäßig am Ende eines Aufschwungs)
Mengenkonjunktur \rightarrow Preiskonjunktur; durch Auflösung von Sparguthaben / Kreditaufnahme; hohe Investition aufgrund übertriebener Erwartungen; ZNB greift nicht ein; \Rightarrow Hochkonjunktur \rightarrow Überhitzung, \Rightarrow Nachfrageüberhang; überhöhte Lohnforderungen werden von UN akzeptiert, in der Hoffnung, sie über höhere Preise abwälzen zu können; erledigt sich zumeist aufgrund Konjunkturabkühlung von alleine)
- Investitionsinflation (technische Neuerungen, Wettbewerbsdruck, optimistische Zukunftserwartungen)
- Fiskalinflation (Staatsausgaben > Staatseinnahmen \Rightarrow Haushaltsdefizit wird durch Kredite ausgeglichen)
- Importierte Inflation (Export > Import = Nachfrageüberhang, d.h. für diese Devisenerlöse stehen keine Güter zur Verfügung)

2. angebotesinduzierte Inflation

- Kostendruckinflation (Lohnkosten, Lohnnebenkosten, Rohstoffkosten)
(deutlich über der Entwicklung der Arbeitsproduktivität liegende Lohnabschlüsse \rightarrow steigende Lohnstückkosten \rightarrow steigende Gesamtstückkosten (wenn nicht von anderer Seite Kostenentlastung ermöglicht würde) \rightarrow steigende Preise (sofern Abwälzungsspielraum besteht und Nachfrage mit ausreichender Kaufkraft vorhanden ist; d.h. ZNB muss größere Geldmenge bereitstellen, um Kauf der Produktion zu höheren Preisen zu ermöglichen \rightarrow lohnkosteninduzierte Inflation;
(ZNB erhöht die Geldmenge nicht (\rightarrow kein Abwälzungsspielraum) \rightarrow UN haben höhere Kosten (können Kostenanstieg aber nicht abwälzen) \rightarrow Gewinnschmälerung / Verlust \rightarrow Konjunktur- / Beschäftigungseinbruch)
(ZNB kann kosteninduzierte Inflation stoppen, wenn sie entsprechende kontraktive Geld-/Kreditpolitik (Geldverknappung) betreibt und Überwälzungsmöglichkeiten in engen Grenzen hält; allerdings: Konjunktur/Konsum wird gebremst)
- Gewinninflation (Marktbeherrschende Unternehmen / Kartelle nutzen Marktmacht zur Steigerung ihrer Gewinne durch Preiserhöhungen)

weitere Formen der Inflation:

Anspruchsinflation: Setzen alle gesellschaftlichen Gruppen ihre Ansprüche durch - ohne dass diese durch wirtschaftliches Wachstum gedeckt sind - wirken die daraus folgenden Preissteigerungen wie ein Ventil.

monetärinduzierte Inflation: Durch unkontrollierte Ausweitung der Geldmenge, wird das Preisniveau hochgezogen (steigende Geldmenge bedeutet steigende Kaufkraft und somit steigende Nachfrage). Die Beschäftigung nimmt zu, da sich der Bedarf an Gütern erhöht. Kann die Angebotsseite nicht mithalten, bleiben Produktionspotentiale ungenutzt und es kommt zu einem so genannten Nachfragesog.

Eine unkontrollierte Geldmengenausweitung (Geldpolitik) ist heute nicht mehr möglich, da die Geldmenge von der autonomen EZB gesteuert wird.

10. Markt, Marktformen, Wettbewerb

Als Markt bezeichnet man das Aufeinandertreffen von Angebot und Nachfrage in Bezug auf ein bestimmtes Gut mit dem Zweck der Preisbildung und Umsatzgestaltung.

10.1. Funktionen des Preises

10.1.1. Ausgleichsfunktion

Der freie Marktpreis führt unter freien Wettbewerbsbedingungen dazu, dass sich die angebotene und nachgefragte Menge aneinander angleichen.

10.1.2. Steuerungsfunktion / Lenkungsfunktion

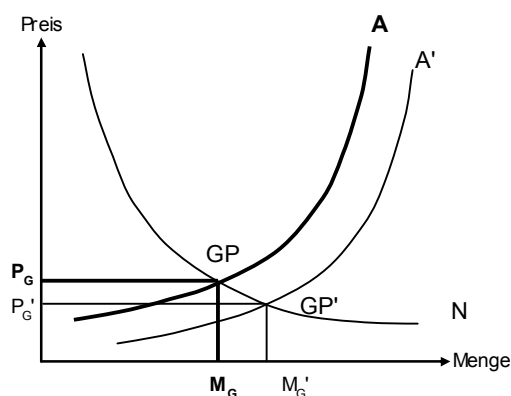
An den Preisen, die als volkswirtschaftliche Knappheitsmesser dienen, werden die Produktionspläne ausgerichtet, der Einsatz der Produktionsfaktoren geplant, Veränderungen der Preise der Produktionsfaktoren führen zu einer Umschichtung untereinander (Lenkung der Produktionsgüter in ihre produktivste Verwendung)

10.1.3. Verteilungsfunktion

Die Bewertung der Faktorleistungen ist die Basis für die Einkommensverteilung.

- funktionelle Einkommensverteilung: aufgrund der produktiven Funktionen (Preise für geleistete Dienste)
- personelle Einkommensverteilung: Einkommensverteilung, die tatsächlich bei den Haushalten zu Stande kommt (Umverteilung / Redistribution der Einkommen durch Steuer, Transferzahlungen)

Überlegungen zur Preisbildung (homogenes Polypol)



technischer Fortschritt → Kostensenkung →
Produzenten schaffen (bei zunächst gleich
bleibendem Preis) höhere Angebotsmenge →
Verschiebung der Angebotskurve nach rechts
(A zu A') → neuer Gleichgewichtspreis
(höhere Angebotsmenge zu niedrigerem Preis)

A' = Verschiebung der Angebotskurve aufgrund einer Kostensenkung durch technischen Fortschritt; bei Beibehaltung des Marktpreises würden die Unternehmen mehr anbieten wollen

10.2. Gliederungsmöglichkeiten des Marktes

- Anzahl der Marktteilnehmer (in Verbindung mit Größe der Marktanteile)
 - Monopol (Teilmonopol: ein Marktteilnehmer beherrscht dem Markt; aber auch weitere Marktteilnehmer)
 - Oligopol (Teiloligopol: mehrer Marktteilnehmer beherrschen dem Markt; aber auch weitere Teilnehmer)
 - Polypol
- Art der Marktbeziehung
 - homogen (vollständige Gleichförmigkeit)
 - heterogen
 - sachliche Präferenzen: Produkteigenschaften, Produktdifferenzierung
 - räumliche Präferenzen: Lage der Standorte von Käufer / Verkäufer, Erreichbarkeit
 - zeitliche Präferenzen: Lieferfristen, Zahlungsziele, Warteschlangen, ...
 - persönliche Präferenzen: Bekanntschaften („Klüngel“), Sympathie, ...
- Marktzugänglichkeit
 - schwierig: Marktzugangsbarrieren erschweren Eintritt weiterer Marktteilnehmer (z.B. Patente (20 Jahre), Finanzkraft des eigenen Unternehmens, technisches Know-how, Konzessionen (Apotheken, Gaststätten, Wirtschaftsprüfer, Ärzte))
 - leicht: Markteintritt ohne Barrieren, Marktintensität / Wettbewerb ist höher

Käufermarkt: Unternehmen senken Preise um Kunden anzulocken

Verkäufermarkt: Unternehmen heben Preise nicht an, um Kunden nicht zu enttäuschen

→ Flexibilität in der Preisgestaltung ist (auch) abhängig von Käufer-/Verkäufermarkt

10.3. Wettbewerb

- Wettbewerb führt dazu, dass sich das Angebot an die Nachfrage anpasst; er sorgt dafür, dass sich das Angebot auf die Nachfrage (sendet die Signale aus) einstellt, d.h. die Produktionsfaktoren werden dahin gelenkt, wo sie von der Nachfrage gewünscht werden; zu den geringsten Kosten
- Wettbewerb soll optimale Faktorkombination (einzelwirtschaftlich) und Faktorallokation (volkswirtschaftlich) bewirken
- dynamischer Prozess, der zuerst zu Neuerungen / Innovationen und als Folge (des Erfolges) zu Imitation führt
- wenn es keine Imitation gäbe, würden die Marktbereiter Monopolstellung inne haben

10.3.1. Aspekte des Wettbewerbs

- Lage gegenseitiger Rivalität im Markt
- Gesamtheit von Maßnahmen (Preise, Produktgestaltung, Werbung) zur Erreichung von Erfolg zur Abgrenzung gegen die Konkurrenz/Rivalität
- Dynamischer Prozess (resultierend aus diesen Maßnahmen)
- Inbegriff volkswirtschaftlich gewünschter Ergebnisse

10.3.2. Funktionen des Wettbewerbs

- dynamische Funktionen (dienen dem Fortschritt)
 1. Innovationsforderung im Wettbewerb
Wettbewerb gibt die Anreize für Innovationen bzw. den Druck zu Imitation, um nicht aus dem Markt heraus zu fallen.
 2. Anpassungsfähigkeit/ -flexibilität des Systems
Fähigkeit sich auf geänderte Rahmenbedingungen (z.B. andere Bevölkerungs- oder Nachfragestruktur, neue Technologien) reagieren zu können. Ohne den Druck des Wettbewerbs würde das Wirtschaftssystem unverändert / starr bleiben.

- **statische Funktionen**
unter den jeweils bestehenden Rahmenbedingungen (z.B. Stand der Technik, Bevölkerungsaufbau, Einkommensverteilung) optimale Lage in der Verwertung und Vergütung der Produktionsfaktoren erreichen

1. optimale Faktorkombination

Die optimale Faktorkombination ist dann erreicht, wenn die geplante Produktionsmenge mit keiner anderen Produktionsfaktorkombination zu geringeren Kosten hergestellt werden kann.

Wenn die optimale Faktorkombination nicht realisiert ist, bedeutet dies, dass es andere Faktorkombinationen gibt, bei denen die Kosten niedriger sind; folglich werden bei der realisierten Faktorkombination Produktionsfaktoren verschwendet. Dies soll durch den Wettbewerb verhindert werden.

2. optimale Faktorallokation

Die in der gesamten Volkswirtschaft verfügbaren Produktionsfaktoren sollen ihre produktivste Verwendung finden.

Werden durch massive Subventionen Produktionen aufrecht erhalten, die an sich keine Berechtigung mehr hätten (weil kostendeckende Preise nicht erreicht werden können), dann werden Produktionsfaktoren gebunden, die in anderen Verwendungen eine höhere Produktivität hätten. Subventionen führen also zu Fehlallokationen.

3. leistungsentsprechende Einkommens-/ Faktorvergütung

Wenn die optimale Faktorallokation über die Märkte funktioniert (die Faktoren finden also ihre günstigste Verwendung), dann ergibt sich eine der Leistung entsprechende Einkommensvergütung (im Sinne der funktionellen Einkommensverteilung, siehe 10.1.3.) auf den jeweiligen Märkten.

11. Ordnungspolitik

„Marktwirtschaft findet Rechtfertigung erst im Wettbewerb.“

„Wettbewerb ist bei den im Wettbewerb Stehenden außerordentlich unbeliebt.“

⇒ Bestrebungen den Wettbewerb einzuschränken, um eigene Position zu verteidigen
daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer staatlichen Wirtschaftspolitik

Aufgabe der Wirtschaftspolitik

Zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, den Wettbewerb zu schützen, indem sie Versuche unterbindet unerwünschte Marktverengungen herbeizuführen

Einzuschränkung des wechselseitigen Wettbewerbs

- Fusionen (nur Fusionen, die zu Markt beherrschender Position führt)
- Kartelle

11.1. Kartelle

§1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWG):

„*Kartellverbot.* Vereinbarungen zwischen miteinander im Wettbewerb stehenden Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinbarungen und aufeinander abgestimmter Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, sind verboten.“

Verboten sind also nicht nur explizite / förmliche Vereinbarungen, sondern -ausnahmslos- auch ‚aufeinander abgestimmtes Verhalten‘. Ein ‚aufeinander abgestimmtes Verhalten‘ liegt vor, wenn Unternehmen ihr Verhalten bewusst und gewollt voneinander abhängig machen und damit die Risiken des Wettbewerbs, insbesondere die Unsicherheiten über das wechselseitige Verhalten, beseitigen.

Entscheidend ist die Verständigung im Voraus; ein zufälliges Parallelverhalten reicht als Indiz für ein aufeinander abgestimmtes Verhalten nicht aus. Daher ist der Nachweis, ob die häufigen und i.d.R. gleichgerichteten Preisänderungen bei Benzin nur Parallelverhalten - was nicht verboten ist - darstellt oder Ergebnis eines aufeinander abgestimmten Verhaltens ist.

11.1.1. Kartellarten

Nach dem Ansatzpunkt der Wettbewerbsbeschränkung werden die wichtigsten Kartellarten folgendermaßen unterschieden:

- Preiskartell
Verabredung, dass ein gewisser Preis nicht unterschritten wird
- Gebietsschutzkartell
Markt wird zwischen den Mitgliedern regional aufgeteilt (v.a. bei homogenen Grundstoffen besteht die „Neigung“ zu Gebietsschutzkartellen, z.B. Zementindustrie)
- Kontientierungs-(Quoten-)kartell
Mitglieder verpflichten sich, einen gewissen (Anteil am) Absatz nicht zu überschreiten

Kartellverbot kann u.U. aufgehoben werden, wenn sie größtenteils Vorteile zur Folge haben:

1. Widerspruchskartelle (wenn keine Widerspruchsverfügung erfolgt, gilt das Kartell als genehmigt)
2. genehmigungspflichtige Kartelle

11.1.2. Ausnahmen vom Kartellverbot

- bestimmte Kartellarten (Normen-, Typen-, Konditionen-, Rabatt-, Spezialisierungs-, Mittelstands-, Rationalisierungs-, Strukturkrisenkartelle)
- Kartelle, die zu einer besseren Versorgung der Verbraucher beitragen
- Ministerkartelle; Bundeswirtschaftsminister kann Kartelle ausnahmsweise zulassen, wenn dies aus Gründen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls notwendig ist
- Wirtschaftsbereiche Landwirtschaft, Urheberrechtsverwertungsgesellschaften sowie Sport sind ganz und die Kredit- und Versicherungswirtschaft partiell vom Grundsatz des Kartellverbots freigestellt
- Exportkartelle können, obwohl sie nicht ausdrücklich freigestellt sind, vom Bundeskartellamt nicht geahndet werden

Normenkartell:	DIN A4: wenn es keine Absprache bzgl. DIN-Format gäbe, müssten die Drucker-Hersteller alle Papierformate berücksichtigen
Spezialisierungskartell:	Vertragspartner einigen sich bei möglicher Produktvariation darauf, jeweils eine Spezialisierung durchzuführen Vorteile: höhere Mengen → Kostendegression → Preissenkung Nachteil: Wettbewerb wird eingeschränkt (Preissenkungen müssen auch an Nachfrager weitergegeben werden und nicht ausschließlich zu höheren Gewinnmargen der Unternehmen führen)
Rationalisierungskartelle:	um Rationalisierungserfolge zu realisieren, können, nahezu alle Wettbewerbsfunktionen ausgeschaltet werden; Prüfung, ob wirklich notwendig oder ob der mit der Rationalisierung angestrebte Erfolg nicht anderes erreicht werden kann; zeitlich (auf 5 Jahre) befristet
Strukturkrisenkartell:	wenn infolge eines Nachfrageeinbruchs erhebliche bestehende Überhangskapazitäten planmäßig reduziert werden sollen und sofern nicht mit Wiederanstieg der Nachfrage gerechnet werden kann, wird ein Strukturkrisenkartell ggf. genehmigt
Sonstige Kartelle:	Generalklausel für Kartellbehörde in bestimmten Fällen, für bestimmte Bedingungen („wenn es anders nicht geht“)
Ministerkartell:	kann aus übergeordneten politischen Gründen zugelassen werden, obwohl es von Kartellbehörde bereits verboten wurde